

# Neue politische Allianzen wegen des Sitzverlusts?

**Nationalratswahlen 2015** Bei nur noch sechs Mandaten werden die Listenverbindungen für die Parteien noch wichtiger

VON CHRISTIAN VON ARX

Bei den Nationalratswahlen 2015 werden im Kanton Solothurn nur noch sechs statt wie bisher sieben Mandate zu vergeben sein (siehe gestrige Ausgabe). Das erste Fazit daraus zieht alt Ständerat Rolf Büttiker (FDP): «Das Gewicht des Kantons Solothurn im Nationalrat wird um eine Stimme geschwächt.» Simpel, bitter ... und kaum zu ändern. Denn alle Bestrebungen, noch vor den Wahlen von 2015 die Regeln für die Sitzverteilung auf die Kantone zu ändern – auch im Solothurner Kantonsrat ist mit den Unterschriften von 46 Ratsmitgliedern aus BDP, CVP, EVP, FDP, GLP und SVP ein Auftrag für eine Ständesinitiative eingereicht worden – dürften in den eidgenössischen Räten chancenlos sein.

## Der Kampf geht um zwei Sitze

Ein Nationalratsmandat weniger: Das ist auch für die Solothurner Parteien keine Bagatelle. Reichte bisher ein Stimmenanteil von 12,5 Prozent für einen sicheren Sitz (Vollmandat), braucht es künftig bei nur sechs Sitzen schon 14,3 Prozent oder für zwei

## «FDP und SVP könnten mit einer gemeinsamen Ständeratskandidatur den Sitz von Pimin Bischof angreifen.»

Roland Borer, SVP-Nationalrat

Vollmandate 28,6 Prozent. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage werden bei den Nationalratswahlen vom Oktober 2015 voraussichtlich alle vier grossen Kantonalparteien – SVP, FDP, SP und CVP – in der Lage sein, je einen der sechs Solothurner Nationalratssitze aus eigener Kraft zu erobern – aber nicht zwei. Der Kampf wird sich um die verbleibenden zwei der sechs Sitze drehen.

## Listenverbindungen im Fokus

Die Bestrebungen von FDP und SVP im Nationalrat, Listenverbindungen zu verbieten, werden wohl kaum noch vor den Wahlen 2015 zum Ziel führen. Realistisch gesehen, haben jetzt mit der Reduktion der Sitzzahl des Kantons alle Solothurner Partei-



200 Nationalräte – und ab 2015 nur noch 6 Solothurner: Das hat Folgen in der Parteienlandschaft. KEYSTONE

en guten Grund, sich ernsthaft mit Listenverbindungen für 2015 zu beschäftigen. Weil die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen stattfinden, sind auch diese mit zu berücksichtigen: Denn es wäre kaum glaubwürdig, wenn sich zwei Parteien für die Nationalratswahlen verbünden, bei den Ständeratswahlen aber bekämpfen würden. Dabei sind die Rahmenbedingungen für jede Partei anders.

## SVP flirtet mit der FDP

**SVP:** Sie ist zwar bei Nationalratswahlen mit Abstand die stärkste der vier grossen Parteien – aber bis jetzt wollte (abgesehen von der winzigen EDU) keine andere Partei mit ihr zusammenspannen. Seit einiger Zeit hat die SVP ihre langjährigen Angriffe auf die Freisinnigen («Weichsinnige», «Scheinbürgerliche» usw.) eingestellt und wirbt hinter den Kulissen intensiv für ein Bündnis mit der FDP. SVP-Nationalrat Roland Borer sagt:

«Die FDP steht uns am nächsten. Gemeinsam könnten diese zwei Parteien drei Sitze sichern.» Das würde zwar der FDP keinen Gewinn bringen, denn so gingen zwei Sitze an die SVP, nur einer an die FDP. Aber Borer hat ein verlockendes Angebot: «FDP und SVP könnten mit einer gemeinsamen Ständeratskandidatur den Sitz von Pimin Bischof angreifen. Und dieser gemeinsame Kandidat müsste kein SVPLer sein – es könnte durchaus eine FDP-Frau aus dem unteren Kantonsteil sein.»

**FDP:** Nach der Reduktion von sieben auf sechs Sitze wird sie sich keine Chancen mehr ausrechnen, allein einen zweiten Sitz zu erobern. 2015 wird die FDP zudem kaum mehr auf die BDP zählen können, die 2011 noch eine Listenverbindung mit ihr eingegangen war. Das zwingt die FDP zu einer grundlegenden Neubeurteilung. Alt Ständerat Büttiker meint: «Die FDP könnte ein Experiment wagen. Denn wir haben 2015 nichts zu

verlieren – wir können nur gewinnen.» Für Büttiker gibt es eigentlich nur zwei Varianten: «Entweder mit der SVP oder mit der Mitte.» In der Tat: Auch mit der CVP wären für die FDP Absprachen zu den Nationalratswahlen zu den Ständeratswahlen möglich. Dagegen spricht die ins 19. Jahrhundert zurückreichende «Erbfeindschaft» der zwei Parteien, wie auch der aktuelle Trend der Landesparteien. Ob SVP oder CVP, Büttiker hält fest: «Die Parteiführung der FDP muss nicht nur die Frage beantworten, welche Partner und welche Verbindungen Erfolg versprechen, sondern auch, welche von der Basis akzeptiert werden.»

**CVP:** Für Nationalrat Stefan Müller ist klar: «Die Mitte muss zusammenstehen, sonst haben wir keine Chance auf zwei Sitze.» Mit Blick auf die traditionellen Einstellungen in den CVP-Stammlanden ist Müller skeptisch, ob ein Zusammengehen FDP-CVP von den Wählern goutiert

würde. Auch meint er, die FDP hätte wohl ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie eine Listenverbindung einginge, da sie solche bisher grundsätzlich bekämpft. Aber angesichts der neuen Ausgangslage fügt Müller bei: «Es gibt keine Denkverbote, und für mich ist auch bisher Ungewohntes nicht ausgeschlossen.» CVP-Ständerat Pirmin Bischof stellt fest, dass die FDP auf nationaler Ebene eher die Annäherung an die SVP suche. Aber: «Im Ständerat wie auch im Nationalrat gibt es in Sachfragen eine sehr hohe Übereinstimmung von FDP- und CVP-Vertretern.»

**SP:** Ständerat Roberto Zanetti sagt frei heraus: «Das Gerangel, wer jetzt einen Sitz verliert, wird zwischen

## «Es gibt keine Denkverbote, und für mich ist bisher Ungewohntes nicht ausgeschlossen.»

Stefan Müller, CVP-Nationalrat

CVP und SP ablaufen.» Denn die FDP habe ihren Sitz schon verloren, und die SVP scheinbar relativ konsolidiert. Um ihre zwei Sitze zu halten, ist die SP noch mehr als bisher auf die Grünen angewiesen. Die Frage wird sein, ob die Grünen auf ewig der SP treu bleiben wollen, nachdem sie ihren eigenen Nationalratssitz ausgerechnet an die SP verloren haben.

## Neuorientierung der Hilfstruppen?

**Grüne:** Grünen-Präsidentin Brigit Wyss lässt sich noch nicht in die Karten blicken: «Klar ist, dass es für uns jetzt noch härter wird, wieder in den Nationalrat zurückkehren zu können.» Mathematisch, und teilweise auch sachpolitisch, wäre für die Grünen eine Listenverbindung mit GLP, BDP oder EVP eine Alternative: Diese Parteien zusammen erreichten 2011 18,4 Prozent – mehr als die SP allein und längst genug für ein Vollmandat im Nationalrat. Dabei könnten sich zumindest auch GLP oder BDP gewisse Chancen ausrechnen. Und genauso wie die Grünen möglicherweise nicht immer die Hilfstruppe der SP bleiben wollen, vergeht den «Kleinen» vielleicht einmal die Lust, die Steigbügelhalter für CVP-Nationalräte zu spielen.

**Gastbeitrag** zur sich verschlechternden Finanzlage des Kantons Solothurn

## Status quo oder Steuern senken? Zweimal Nein!



VON CHRISTIAN SCHEUERMEYER \*

■ **AM FINANZHIMMEL** unseres Kantons sind – mit einem strukturellen Defizit von 150 Mio. Franken – tiefgraue Gewitterwolken im Anzug. Die Schön-

wetterperiode der letzten Jahre ist vorbei, wie die Hitzewochen dieses Sommers. Was tun, wenn ein richtiger Wetterwechsel ansteht? «A Schärme sctöh» und abwarten, wie dies die Regierung leider seit dem gescheiterten Massnahmenplan des letzten Jahres getan hat, und hoffen, dass sich das Unwetter an uns vorbeibewegt? Bitte verzeihen Sie mir diese provokative Aussage. Aber dass der schon lange angekündigte neue Massnahmenplan noch nicht auf dem Tisch liegt und eine Einladung an den runden Tisch wohl noch nicht einmal verfasst wurde, hat mich sehr enttäuscht und beunruhigt.

**ALS KLEINE ENTSCHULDIGUNG** könnte man gelten lassen, dass der Re-

gierungsratswechsel schlicht und einfach viel zu lange gedauert hat. Von der Wahl der drei neuen Amtsinhaber bis zum effektiven Arbeitsbeginn verstrichen satte dreieinhalb Monate, die den «alten» Regierungsrat als Kollegialbehörde zu stark lähmte. Über diese Thematik liesse sich locker eine eigene Kolumne schreiben ...

**DAS ZÖGERLICHE VERHALTEN** der Regierung zementierte den Status quo: Das Loch im Geldsack des Kantons wurde nicht kleiner. Andere Kreise aus dem politischen Umfeld sammelten Unterschriften für eine Volksinitiative, um die Steuern senken zu können. Eine gute Idee, welche leider einige Jahre zu spät umgesetzt wurde. Trotzdem, die Stossrichtung und das finanzpolitische Signal stimmen. Eine Steuererhöhung kommt zurzeit sicherlich nicht infrage, da der Kanton in den letzten Jahren zu viel Steuern eingezogen hat und unser Kanton betreffend Steuerattraktivität im letzten

Drittel aller Kantone liegt. Somit können wir künftig auch wieder von einem Sparpaket reden ... Ein weiterer Kreis von Akteuren sieht zwar das finanzielle Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen, wehrt sich aber gegen viele konkrete Sparmassnahmen, denn mit dem «Allerweltsmittel» der Steuer- und Gebührenerhöhungen kann man ja den Staatshaushalt auch ins Lot bringen, fordern sie.

**MEINE MEINUNG** ist diesbezüglich ganz klar. Wir brauchen schnellstmöglich ein konkretes Sparpaket mit einem runden Tisch, an dem die Regierung, die Verwaltung, Verbände und die Parteien konstruktiv teilnehmen müssen. Wir sind gezwungen, ohne Vorbehalte und Scheuklappen in jedem Departement Sparmassnahmen zu definieren, welche ihren auch Namen verdienen. Dass bei einem strukturellen Defizit von 150 Mio. schmerzhaft Einschnitte nötig

## «Wir brauchen schnellstmöglich ein konkretes Sparpaket und einen konstruktiven runden Tisch.»

sind, liegt leider auf der Hand. Nur wenn alle Beteiligten bereit sind, ihren Teil dazu beizusteuern, können wir die Ausgabenseite so weit reduzieren, dass das Defizit möglichst minimiert werden kann.

**AUF DER EINNAHMESEITE** sind Steuererhöhungen unter den genannten Umständen sicherlich nicht angebracht. Dass wir uns zurzeit keine neuen Ausgaben und Aufgaben leisten können, muss allen bewusst werden, welche sich verantwortungsvoll mit dem Staatshaushalt auseinandersetzen. Ebenso klar ist auch die Tatsache, dass man mit Bürokratieabbau und schlankeren Strukturen viel Geld einsparen kann. Sollte nun aber nach allen möglichen und vollzogenen Spar- und Effizienzmassnahmen jährlich wiederkehrend immer noch ein Defizit zu Buche schlagen, welches das heutige Eigenkapital laufend Richtung null reduziert, dann muss man gezwungenermassen auch auf der Einnahmeseite Massnahmen einleiten! Aber erst dann, versprochen.

\* **Christian Scheuermeyer**, Präsident FDP/Die Liberalen Kanton Solothurn

## Zeit schenken – Freude bereiten

**Pro Senectute** Die Pro Senectute Kanton Solothurn bietet verschiedene Tätigkeitsbereiche an, in denen man sich freiwillig engagieren kann. Zum Beispiel als Besucherin oder Besucher eines älteren Menschen, im Projekt «Senioren im Klassenzimmer» oder als Bewegungscoach. Als Bewegungscoach ist es möglich, ältere Menschen zu Bewegung zu motivieren und Abwechslung in deren Alltag zu bringen. Pro Senectute Kanton Solothurn bietet gemäss einer Medienmitteilung den Freiwilligen einen Einführungstag, Erfahrungsaustauschtreffen, Möglichkeit zu Weiterbildung, Versicherungsschutz, Spesenentschädigung und einen Dankeschön-Anlass an. Der Einsatz von Freiwilligen sei nicht nur für die begleiteten Personen eine Bereicherung für den Alltag, sondern auch für die Freiwilligen selbst. «Dies widerspiegelt sich in der Begeisterung, mit der die Freiwilligen von ihren unterschiedlichen Einsätzen berichten.» Es ist laut Pro Senectute sozusagen eine Win-win-Situation im Geben und Nehmen. Interessierte, die sich freiwillig engagieren möchten, können sich bei der Pro Senectute melden: Telefon 032 626 59 56 oder julia.linder@so.pro-senectute.ch (MGT)